

# Dresdner Volkszeitung

Hauptredaktion: Leipzig,  
Raben & Comp., Nr. 20615.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Verwaltung:  
Gebr. Arnhold, Dresden.

Abonnementpreis einschließlich Bringerlohn monatlich 2,00 M. Durch  
den Post bezogen vierteljährlich 6,00 M., unter Kreuzband für Deutschland  
und Österreich-Ungarn 9,00 M.  
Telegraphen-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Redaktion: Postfach 10. Tel. 25261.  
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.  
Expedition: Postfach 10. Tel. 25261.  
Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 6 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 7 gefaltete Komparativseite 50 Pf., Familienanzeigen  
70 Pf., die 3 gefaltete Komparativseite 3 M. Bei mehrmaliger Aufnahme Rabatt.  
Inserate sind im Voraus zu bezahlen. Eine Verpflichtung zur Aufnahme an vor-  
geschriebenen Tagen kann nicht angenommen werden. Für Bezeichnung 20 Pf.

Nr. 276

Dresden, Sonnabend den 29. November 1919

30. Jahrg.

## Klassenkampf in der Koalition

Der Kampf um das Gesetz über die Betriebsräte hat deutlich gezeigt, daß vorübergehende Verbindungen der Parteien, die durch die Besonderheit der politischen Umstände geboten sind, nicht imstande sind, die vorhandenen Gegensätze zwischen den Klassen der kapitalistischen Gesellschaft zu überbrücken. In einer Berliner Demokraten-Versammlung, deren Hauptredner der Reichsfinanzminister a. D. Dr. Dernburg war, sind die letzten Wochen gefallen. Herr Dernburg vertrat in seiner Rede die stärksten Besorgnisse über die weiteren Absichten der Sozialdemokratischen Partei und zeigte sich dabei förmlich aufgestört durch zwei Bemerkungen, die die Genossen Bauer und Scheidemann bei zwei verschiedenen Gelegenheiten gemacht hatten. Die erste Bemerkung, die des Genossen Bauer, besagt, daß er das Betriebsrätegesetz als einen Nebel betrachte, mit dessen Hilfe die Arbeiter in die Betriebe eindringen könnten, um sie schließlich zu übernehmen. Die zweite Bemerkung ist die bekannte des Genossen Scheidemann, das eigentliche Ziel der Sozialdemokratischen Partei müsse sein, eine reine Arbeiterregierung zu bilden. Herr Dernburg versicherte, diese Worte hätten die Demokraten hellhörig gemacht, und sie müßten nun dafür sorgen, daß das Unternehmertum nicht unter die Mäder komme.

Klarer kann man die gegebenen Gegenätze nicht aufzeigen. Nur wäre es eine überreife Verallgemeinerung, wenn man die ganze Sozialdemokratische Partei als eine bewußte und einheitliche Vertreterin der Unternehmerinteressen betrachtet wolle. Die Sozialdemokratische Partei schließt weite Schichten von Bauern und Angehörigen in sich, und diese würden auf die Dauer in einer reinen Unternehmerrpartei keine Rolle spielen. Entweder werden sie ihre Interessen in der Partei durchsetzen verstehen, oder sie werden, was wir natürlich am meisten begrüßen würden, in besten Glauben ihren Linksbündnis in die Sozialdemokratische Partei vollziehen. Die Sozialdemokratische Partei wird auf alle Fälle die Erfahrung machen, daß in einer so fortgeschrittenen Demokratie wie der deutschen eine reine Unternehmerrpartei ohne Daseinsberechtigung ist.

Die Demokraten wären im Irrtum, wenn sie glaubten, daß die Sozialdemokratie den Koalitionsgeheimnissen einer augenblicklichen Parteikonstellation zuliebe ihre letzten Ziele preisgeben wolle. Es war jedenfalls ein Irrtum von ihnen, wenn sie meinten, die Sozialdemokratie hätte sich den Gedanken des Betriebsrätegesetzes von links her aufzuwandeln lassen. Unsere Partei teilt nicht die übertriebenen Hoffnungen, die von einer Entwicklung des kapitalistischen Wirtschaftens eine so tiefer Umkehrung der kapitalistischen Wirtschaft zur sozialistischen erwarten. Sie hat vor solchen Illusionen gewarnt und hat sie bekämpft. Aber unberührt von der Einschätzung der für den Augenblick vorhandenen Möglichkeiten bleibt das grundsätzliche Bestehen der Partei, die schaffende Arbeit aus dem Dualismus der kapitalistischen Ordnung zu befreien, sie einheitlich organisch umzugestalten und ihr die Herrschaft über die gesamte Wirtschaft zu verschaffen.

Deute haben wir im großen und ganzen noch den Zustand, daß sich die Offiziere und die Kommandanten der großen Armee der Arbeit aus verschiedenen Klassen ergänzen, von denen die eine zum Befehlen, die andere zum Gehorchen da ist. Diesen Zustand zu überwinden bleibt das Ziel der Sozialdemokratie. Und als ein Mittel dazu, nicht das einzige und letzte, betrachtet sie das Gesetz über die Betriebsräte. Sie ist sich dabei sehr wohl dessen bewußt, daß es sich hier nicht um eine plötzliche und gewaltsame Umwälzung aller Verhältnisse, sondern nur um einen allmählichen, planmäßig durchgeführten Umgestaltungsvorgang handeln kann. Sie macht sich zwar verdammt wenig Sorgen darüber, ob das Unternehmertum dabei unter die Mäder kommt, desto mehr Sorgen aber darum, daß nicht dabei die gesamte Wirtschaft und mit ihr die arbeitende Klasse selbst unter die Mäder komme. Das ist der Grund, warum sie sich dem Drängen von links mißtraut entgegenzusetzen mußte, aber dabei handelt es sich ja nicht um das Ziel, sondern nur um die Einhaltung eines vernünftigen Tempos.

Herr Dernburgs Entgegen über die Äußerung Bauers genügt eigentlich für uns schon, die volle Verachtung des Ausdrucks Scheidemanns mit recht zu versehen. Wenn wir den Wunsch haben, von der Politik der Koalitionen loszukommen und eine reine Arbeiterregierung bilden zu können, so ist das freilich nicht so aufzufassen, als ob wir unter „Arbeitern“ nur die eigentlichen sogenannten Handarbeiter verstehen würden. Wenn wir von Arbeitern sprechen, so meinen wir damit die Gesamtheit aller produktiven Tätigen der geistigen Arbeiter sowohl wie der Handarbeiter, und von ihrer Vereinigung zu einem untrenn-

baren Ganzen erwarten wir für das arbeitende Volk die Möglichkeit, die Herrschaft über den Staat und über die Wirtschaft in die eigene Hand nehmen zu können.

Je klarer sich die bürgerlichen Parteien als Vertreter der bestehenden Klassen darstellen, desto näher rückt auch die Möglichkeit, in Deutschland in absehbarer Zeit eine reine Arbeiterregierung zu bilden. Die Sozialdemokratie befindet sich auf dem richtigen Weg zu diesem Ziel, indem sie sich dessen bewußt bleibt, daß die künftige reine Arbeiterregierung keine Experimente treiben darf, die einer stürmischen Winderheit gefallen mögen, sondern daß es ihr Beruf ist, auf dem Boden des tatsächlichen Gegebenen durch umsichtige Reformen dem Wohl der Volksgemeinschaft zu dienen. Die Zukunft ist nicht mehr fern, in der es in Deutschland in Wirtschaft nur noch zwei Parteien geben wird: eine Arbeiterpartei, die nach den Grundrissen ihrer großartigen sozialistischen Theorie im Interesse der breiten Massen Realpolitik treibt, und ein Bündnis aus den Resten der bürgerlichen Klassenparteien. Der Klassenkampf um die politische Macht ist noch nicht zu Ende, und wir hoffen die Zuversicht, daß er auf dem Boden der Demokratie zugunsten der Arbeiterklasse entschieden werden wird.

### Betriebsräte und Bilanz

Besten Freitag wurde im Betriebsräteauschuss der Nationalversammlung folgender Kompromißvertrag mit den Stimmen der drei Regierungsparteien und der unabhängigen Sozialdemokraten angenommen:

Der Betriebsrat hat in Untersuchungen, für die ein Aufschub besteht, nach Rücksicht eines besonderen hierüber zu erlassenden Gesetzes einen oder zwei Vertreter in den Ausschuss zu entsenden, um die Interessen und Forderungen der Arbeitnehmer sowie deren Wünsche und Wünsche hinsichtlich der Organisation des Betriebes zu vertreten. Die Vertreter haben in allen Sitzungen des Ausschusses Sitz und Stimme, jedoch keine Vertretungsmacht und keinen Anspruch auf eine andere Vertretung als auf eine Aufsichtsbekanntmachung. Sie sind verpflichtet, über die ihnen gemachten vertraulichen Angaben Stillschweigen zu bewahren.

Weiter wurde mit allen Stimmen gegen die der Sozialdemokraten und Unabhängigen folgende Antrag des Zentrum und der Demokraten angenommen:

Zur Erfüllung seiner Aufgaben hat der Betriebsrat in Betrieben mit wesentlichen Zwecken des Handels, von Arbeitgeber zu verlangen, daß er dem Betriebsrat über alle den Betrieb betreffenden Angelegenheiten über alle den Betrieb betreffenden Angelegenheiten Aufschluß gibt und die Vollmacht erteilt. Ferner hat die Arbeitgeber mindestens viermal jährlich einen Bericht über die Lage und den Gang des Unternehmens und des Gewerbes im allgemeinen und über die Leistungen des Betriebes und den zu erwerbenden Arbeitsbedarf im besonderen zu erstatten. In Untersuchungen, die zur Führung von Handelsbüchern verpflichtet sind, können die Betriebsräte zu der Untersuchung geordneter Betriebe verlangen, daß den Betriebsrätsmitgliedern, wo solche nicht bestehen, den Betriebsräten, spätestens vom 1. Januar 1920 an eine Bilanz und eine Gewinn- und Verlustrechnung für das vergangene Geschäftsjahr zur Einsichtnahme vorgelegt und erläutert wird. Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung haben den Vorschriften des Handelsgesetzbuchs zu entsprechen. Die Bestimmungen dieses Absatzes finden keine Anwendung auf Untersuchungen, die nicht mindestens 100 Angestellte oder 100 Arbeiter im Betriebe beschäftigen. Die Mitglieder des Betriebsrätsauschusses über den Betriebsrat sind verpflichtet, über die ihnen vom Arbeitgeber gemachten vertraulichen Angaben Stillschweigen zu bewahren.

Es ist, so schreibt der Vorwärts, bis zur vorgeschriebenen zweiten Lesung die Situation noch ändern wird, steht dahin. Wenn das nicht der Fall ist, wird sich die Frage vorlegen lassen, ob die Herrschaft über den Betrieb in die Hände der Arbeiter kommen kann. Freitag, abends 8 Uhr, soll in einer weiteren Sitzung der Reichstag über die erste Lesung erledigt werden, wobei noch die wichtige Frage der Mitwirkung des Betriebsrates bei Einstellungen und Entlassungen erledigt werden muß.

Berlin, 29. November. Den ganzen Nachmittags über hatten die Reichstagsparteien ihre Sonderberatungen fortgesetzt, so daß die Beratungen des Betriebsrätegesetzes erst am späten Abend fortgesetzt werden konnten. Das Mitbestimmungsrecht bei der Einstellung wurde abgelehnt. Alle die Entlassung wurden genau umschriebene Einzelbestimmungen formuliert. Der Bericht dringt: Ueber die Einstellung des einzelnen Arbeitnehmers hat der Arbeitgeber allein ohne Mitwirkung oder Kontrolle des Betriebs, Arbeiter- oder An-

gestelltenrat zu entscheiden. Arbeitnehmer können im Falle der Kündigung oder Entlassung seitens des Arbeitgebers den Arbeiter- oder Angestelltenrat anrufen.

1. Wenn der begründete Verdacht vorliegt, daß die Kündigung wegen politischer, militärischer, konfessioneller oder gewerkschaftlicher Betätigung oder wegen einer Zugehörigkeit oder Mitgliedschaft zu einem politischen, konfessionellen oder beruflichen Verein oder einem militärischen Verbände erfolgte.

2. Wenn die Kündigung oder Entlassung ohne Angabe von Gründen erfolgte.

3. Wenn die Kündigung deshalb erfolgt ist, weil der Arbeitnehmer sich weigerte, dauernd andere Arbeit als die bei der Einstellung vereinbarte zu verrichten.

4. Wenn die Kündigung sich als eine unbillige, nicht durch die Verhältnisse des Betriebes bedingte Härte darstellt. Betrachtet der Arbeiter- oder Angestelltenrat die Kündigung für unbegründet, so hat er bei dem Arbeitgeber auf eine Verhängung hinzuwirken. Gelangt diese Verhängung nicht, so kann der Arbeiter- oder Angestelltenrat oder betroffene Arbeitnehmer den Schlichtungsausschuß anrufen.

In den weiteren Bestimmungen wird die Entschädigungspflicht bei unbegründeter Kündigung und die Bestimmungen für die Wiedereinstellung festgelegt.

Nach Annahme von Änderungen beschließender, dem Betriebsrätegesetz entgegenstehender Bestimmungen wurde die erste Lesung des Betriebsrätegesetzes beendet. Der Ausschuss beriet sich bis Ende nächster Woche.

### Scapa Flow

Berlin, 28. November. Die deutsche Regierung hat im Anschluß an die mündlichen Verhandlungen des Generalkonferenzen der Friedenskonferenz eine Denkschrift über ihren Standpunkt in der Scapa-Flow-Frage übergeben lassen. In der n. a. herangezogenen wird, daß mit der im Rahmen des Vertrags von Versailles enthaltenen Zustimmung der deutschen Regierung zur Abgabe der deutschen Kriegsmarine an die Alliierten die deutsche Regierung nicht dem Verhalten der Alliierten gegenüber, sondern dem Verhalten der verbündeten und assoziierten Regierungen zur Last gelegt werden muß. Die Kriegsmarine ist im Überflusse mit den Bestimmungen des Versailles-Vertrages und ohne Rücksicht auf den deutschen Fleiß nicht in einem zentralen Hafen, sondern in einem britischen Hafen interniert worden. Die Regierungen haben eine Internierung in dem in Betracht kommenden neutralen, namentlich also in niederländischen oder schwedischen Hafen überhaupt nicht bestritten. Infolge der Unterbindung des Verkehrs mit der Heimat mußte Admiral v. Seydlitz in dem Juni 1919 mit der Annahme kommen, der Waffenstillstand laufe am 21. Juni 1919 ab. Daraufhin veranlaßte er nach Zustimmung des Reichskriegsmarine-Admirals v. Seydlitz die Scapa-Flow-Frage zu entscheiden. Damit erfüllt die deutsche Regierung vollständig ihre Pflichten. Damit erfüllt die deutsche Regierung auch die Pflichten der Alliierten, denn für die Annahme eines kriegsgeheimen Waffenstillstandsabkommens ist kein Verstoß gegen die Bestimmungen des Vertrags zu beklagen. Die Denkschrift kommt zu dem Ergebnis, daß die deutsche Regierung keine Verpflichtung zu Leistungen hat. Die von ihr aus Antrag der Alliierten angefordert werden, von Reichs wegen als unbegründet zurückzuweisen muß. Dem Schluß betont die deutsche Regierung, daß es nicht ihren Absichten entspricht, wenn durch eine Strafkasse das auf deutscher Seite bringend gemündete ablehnende Verhalten des Reichsoberhauptes bezeugt werden würde. Sie macht deshalb den Vorschlag, die Angelegenheit dem Schlichtungsausschuß im Haag zur Entscheidung darüber zu unterbreiten, ob die deutsche Regierung für die Befreiung der Scapa-Flow wertvoll ist, im Befreiungsfall, welcher Schaden den verbündeten und assoziierten Mächten durch die Befreiung erwachsen ist und wie dieser Schaden von Deutschland wieder gutgemacht sein würde.

### Simons' Abreise in französischem Lichte

Paris, 29. November. Eine offizielle Note antwortet auf die Ausführungen des Verl. Tagebl. über die Gründe, die Herrn v. Simons zur Abreise aus Paris veranlaßt haben. Die offizielle französische Note stellt den Vorgang so dar:

Die deutsche Delegation suchte am Donnerstag Dutaika in seiner Eigenschaft als Sekretär der Konferenz Lersner und Simons zu empfangen. Dutaika kam diesem Wunsche nach und die Besprechung fand in Gegenwart Vertilots statt. Neben Dutaika noch Vertilot haben im Namen der französischen Regierung geäußert, sondern haben sich damit begnügt, auf die Kollektivbeschlüsse der Konferenz hinzuweisen. Die beiden deutschen Bevollmächtigten hatten um diese Unterredung gebeten, um Einwände vorzubringen, die ihre Regierung gegen die Bestimmungen des Protokolls vom 1. November erhebt:

### Deutsche Spar-Prämienanleihe 1919

# Mündelsichere Vermögensanlage

Im ungünstigsten Falle in 20 Jahren verdoppeltes Kapital!



Nicht erfüllte Bestimmungen des Waffenstillstands, Entschädigung für die in Scapa Flow vertonten Schiffe.

Dutasta und Vertiloff waren also gar nicht in der Lage, neue Forderungen zu stellen, sondern haben die Einwände angelehrt und dann höflich erwidert, daß der Oberste Rat nicht an den Bestimmungen des Protokolls zu ändern entschlossen sei.

Deutschland hilft — andre reden

In Erwiderung einer Anfrage im Unterhaus erklärte Lloyd George, die englische Regierung sei sich der außerordentlich schwierigen Wirtschaftslage in Mittel- und Ost-Europa (dies: in Deutschland, der Krone der Verfallener Schöpfung) wohl bewußt.

Nun steht auch Churchill davon ein, daß man in Verlaufe Europa balkanisiert hat. Und da jammern sie über den Revanchegedanken, den sie geboren haben und großziehen.

Wie groß die Angst vor dem von der Entente und nur vor ihr gefürchteten Revanchekrieg ist, zeigt folgender weiterer Unterhausebericht:

Lloyd George erwiderte auf die Frage, welche Folgen die Verzögerung der Ratifikation durch den amerikanischen Senat auf die Volksabstimmungen und die im Friedensvertrag vorgezeichneten Ausschüsse haben werde.

Deutschlands Liebesgabe

Wien, 28. November. Zu Beginn der Sitzung der Nationalversammlung machte der Präsident Mitteilung von dem Beschluß der deutschen Nationalversammlung.

Die eifersüchtige Entente

Wien, 28. November. Das neue Wiener Tagblatt gibt eine Unterredung mit einem Mitgliede der Ententeskommission wieder, in der es heißt:

Hollands Hilfe

Rotterdam, 28. November. Der niederländische Verband der Gewerkschaftsvereine hat beschlossen zu versuchen, den Arbeitern an zwei Wochenlohnsteigerungen die Arbeit zu gestatten.

Deutschlands Kriegsschiffe

Bern, 29. November. Aus Paris wird gemeldet: Der Oberste Rat beschäftigte sich heute morgen mit dem Schicksal der deutschen Kriegsschiffe, die den Alliierten übergeben wurden.

- 1. Frankreich und Italien erhalten Kriegsschiffe, die ihre Besten während des Krieges nicht bauten;
2. die Schiffe können vorübergehend an die Alliierten Länder in Erwartung der Abrüstung verliehen werden.

Ueber die Verteilung des Hafensmaterials, das als Ersatz für die Bekämpfung der Flotte in Scapa Flow gedacht ist, ist kein Entschluß gefaßt worden.

Die U. S. B. vor der Entscheidung

Donnerstag tritt in Leipzig der außerordentliche Parteitag der Unabhängigen zusammen. Er ist, kurz ausgedrückt, vor die Frage gestellt, ob die Unabhängigen wieder Sozialdemokraten werden oder ob sie Kommunisten werden wollen.

So kommt es, daß heute jeder politisch emigrierenden interetherte Arbeiter genau weiß, was die Sozialdemokraten wollen und was die Kommunisten wollen.

Daß die Partei der Unabhängigen trotzdem einen statischen Anhang zu gewinnen vermochte, ist durchaus kein Wunder. Denn in breiten Arbeiterkreisen gilt die Partei der Unabhängigen auch heute noch nur als eine besondere Richtung der Sozialdemokratie.

Erklärt sich aus solchen Umständen das Verhalten der Partei der Unabhängigen sehr leicht, so ist doch nicht weniger klar, daß auf sie der dauernde Bestand einer Partei nicht begründet werden kann.

Das ist der Schwerepunkt, vor den sich der außerordentliche Parteitag der Unabhängigen gestellt sieht. Natürlich wird es auch auf ihm nicht an Leuten fehlen, die die vorhandenen Gegensätze zu verflüssigen bestrebt sind.

Das ist der Schwerepunkt, vor den sich der außerordentliche Parteitag der Unabhängigen gestellt sieht. Natürlich wird es auch auf ihm nicht an Leuten fehlen, die die vorhandenen Gegensätze zu verflüssigen bestrebt sind.

Das ist der Schwerepunkt, vor den sich der außerordentliche Parteitag der Unabhängigen gestellt sieht. Natürlich wird es auch auf ihm nicht an Leuten fehlen, die die vorhandenen Gegensätze zu verflüssigen bestrebt sind.

Frankreichs neue Kammer

Genf, 29. November. In Marseille ist für die Gemeindevahlen der neue Block der Linken zustande gekommen. Senator Flaissieres hat sich bereit erklärt, seinen Namen an die Spitze einer Liste zu stellen.

Partei ist in der französischen Kammer in der Bildung begriffen, die vor allem mit dem bisher so angeblich angemaßter System der Wettbewerbswirtschaft diechen will.

Über die Zusammenlegung der neuen Kammer schreibt der Vorwärts:

Bisher sind 600 Resultate der Kammerwahlen bekannt. Es haben nur noch zehn Sitze der Radikalen und weitere sechs Sitze aus, wegen welcher ein zweiter Wahlgang stattfinden muß.

Die neue Kammer besteht aus 360 neuen Mitglieder und 250 Mitglieder, die schon der alten Kammer angehört haben.

In den Verhandlungen der Kammer folgen die Nationalisten bereits an, Stimmung zu machen für eine Verschärfung des Verfallener Liebesbetrags.

Die Dienstpflicht der Elsaß-Lothringer

Genf, 29. November. Der französische Kriegsminister beschloß, daß vom Jahrgang 1919 nur die Elsaß-Lothringer zu einem aktiven Dienst von fünf Monaten eingezogen werden sollen, und zwar am 15. Januar.

Generallstreik in Bitterfeld

Berlin, 28. November. In Bitterfeld ist mit 8000 gegen 4000 Stimmen der Generallstreik beschlossen worden, der heute nachmittag beginnen soll.

Neue Lohnbewegungen der Saarbergleute Saarbrücken, 29. November. Die Bergarbeiter des Saargebietes sind in eine neue Lohnbewegung einmüchtig.

Abbruch der Verhandlungen im amerikanischen Bergbau

Washington, 28. November. Die Verhandlungen zur Regelung des Bergarbeiterstreiks wurden abgebrochen und der Lohn ausgesetzt auf unbestimmte Zeit vertagt.

Gerechte Verteilung?

Unter dieser Überschrift haben wir in der Nr. 99 unserer Zeitung bemerkt, daß der Militärverein Kloßsche Wollkuchen zu sehr billigen Preisen seinen Mitgliedern durch Zeitungsinserat angeboten hat.

Es ist ein gewisses Gegenstück zu dieser Erklärung des Kriegsministeriums teilt uns jetzt der Sächsische Militärverein ein. Und aufklärend mit, daß er als regierungserkennnte Kriegsbeschädigten-Organisation von der Reichsregierung anerkannt ist.

Aus alledem ergibt sich, daß die Vorzüge des Militärvereinsbundes, die Wollkuchen nur in die Hände von Kriegsbeschädigten gelangen zu lassen, eine ungenügende war.



### Die Kolonialversorgung mit Textilien

Handelt die Kolonialversorgung der Textilien... eine gezielte, kontrollierte Versorgung von Vermögenswerten im Ausland, an der unter anderem die deutsche Exportindustrie, die heute geschädigt ist, gefördert und nicht verdrängt wird. Das Schicksal, das heute der Exportindustrie droht, ist mit allmählicher Wertschöpfung, ist nach den heute üblichen Verhältnissen ein völliger Trugschluss.

**Appell an die Menschlichkeit**  
München, 20. November. Die angeführte Proklamation des bayerischen Landtages gegen die Rote Clemenceau in der Gefangenensache wurde gestern nachmittag angenommen. Sie sagt im wesentlichen: Die Parteien des bayerischen Landtages ohne Unterschied erheben in einer alle politischen Gegensätze überbrückenden Einmütigkeit gegen die unerhörte Gefangenennote des französischen Ministerpräsidenten den lautesten Protest. Sie wenden sich an das Menschlichkeitsgefühl und an die Gerechtigkeitsgeföhle der Völkerverbände. Sie wenden sich an das Gewissen der gesamten auf den Ruhmestitel der Zivilisation Anspruch erhebenden Welt.

**Der Reichstag entsendet**  
Nach einer Resolution aus Kopenhagen vom 20. November reiten 200 Deutsche über Kopenhagen nach Warschau, die aus Amerika kamen und dort während des Krieges interniert waren.

Die noch auf Malta befindlichen 1200 Deutschen sollen, einer Meldung aus Rom zufolge, nunmehr auf einem italienischen Schiff nach Venedig gebracht und über den Brenner nach Deutschland befördert werden.

**Die lettische Kriegserklärung**  
Berlin, 20. November. Wie die Deutsche Allgemeine Zeitung erklärt, sind bereits neue Waffenstillstandsverhandlungen mit den Letten im Gange, da die Kriegserklärung wohl ergebnislos, zum Krieg führen jedoch niemand da ist, braucht, rein praktisch genommen, der Abbruch der Beziehungen nicht so tragisch aufgefaßt zu werden, dürfte es doch zu kriegsgerichtlichen Verhandlungen kommen.

Warum der Krieg erklärt worden ist, ist nicht recht erklärlich. Von Seiten der Letten wird eine Reihe von Forderungen gestellt, die erkennen lassen, daß es den Letten in erster Linie um den Besitz des deutschen Heeresmaterials zu tun war. Zuletzt die dritte Forderung, daß auf Hebergabe des Materials in unverändertem Zustand. Den Mitgliedern der lettischen Gesandtschaft in Berlin werden erst dann ihre Pässe zugestellt werden, wenn die ungehinderte Ausreise der deutschen Besatzmächte in Riga, Schleimann und Dr. Rich, gesichert erscheint. Man darf als Motiv der Erklärung des Krieges auch annehmen, daß die lettische Regierung, deren Stellung bereits schwach geworden ist, bei dem ausgeprochenen Deutschenhaß der lettischen Bevölkerung durch diese Handlung ihre eigene Lage zu verbessern hofft.

### Der Grund des Valuta-Sieftandes

Von einem Exporteur wird dem Reichstag geschrieben: Bei allen bisherigen Betrachtungen, die über die Valuta-entwertung durchgeführt worden sind, ist der eigentliche Hauptgrund der Valuta-entwertung wenig beachtet geblieben.

Die Firmen, die während des Krieges exportierten konnten nach Beendigung der eigentlichen Kriegsjahre eine bestimmte Exportfähigkeit wieder aufnehmen konnten, dürfen wohl den Anfang an ihre Exportprodukte so absetzen haben, daß in ausländischer Währung bezahlbar werden mußte. Wurde nun noch die Forderung der Ausländer erfüllt, so erfolgte, wie es früher üblich war, die Bezahlung des Schiffs nach Deutschland und der entsprechende Wertbetrag wurde dem Exporteur einfließen.

Als nun die Valutaentwertung der Reichsmark einsetzte, wurde die jede exportierende Firma zur Bewußtheit, daß die durch sofortige Bezahlung der ausländischen Zahlung (also bei Zahlung) einen Verlust erleiden hätte. Sollte sie den ausländischen Betrag erst im Wochen später in Mark umgewandelt und einfließen, so wäre ihr in Betracht der inzwischen weiter gesunkenen Markkurse ein gewisser größerer Wertbetrag zugeflossen und ein noch größerer, wenn sich der Wechselkurs nach Deutschland und der entsprechende Wertbetrag nicht nur dem Exporteur einfließen.

Als nun die Valutaentwertung der Reichsmark einsetzte, wurde die jede exportierende Firma zur Bewußtheit, daß die durch sofortige Bezahlung der ausländischen Zahlung (also bei Zahlung) einen Verlust erleiden hätte. Sollte sie den ausländischen Betrag erst im Wochen später in Mark umgewandelt und einfließen, so wäre ihr in Betracht der inzwischen weiter gesunkenen Markkurse ein gewisser größerer Wertbetrag zugeflossen und ein noch größerer, wenn sich der Wechselkurs nach Deutschland und der entsprechende Wertbetrag nicht nur dem Exporteur einfließen.

### Ausland

**Elektrizitätsgesetz in Oesterreich**  
Wien, 20. November. In der gestrigen Sitzung der Nationalversammlung brachte der Staatssekretär für Verkehrsweesen das neue Elektrizitätsgesetz ein und bemerkte dazu: Im Vergleich mit dem bisherigen Gesetz, das im wesentlichen auf anderen Grundlagen aufgebaut ist als jener Entwurf, der von der Sozialkommission unter ihrem früheren Leiter, dem Staatssekretär Dr. Otto Bauer, im Frühjahr veröffentlicht worden ist und der in verschiedenen Kreisen eine lebhatte Unterstützung hervorgerufen hat, ist jenes Gesetz, auf dem wir nun die offizielle Ablehnung von der Sozialregierungspolitik basieren.

**Die neue italienische Kammer**  
Lugano, 20. November. Die endgültigen Ergebnisse der italienischen Kammerwahlen lauten: Liberale 179 (bisher 310), Radikale 39 (bisher 73), Katholische Volkspartei 100 (bisher 27), Republikaner 8 (bisher 17), Sozialisten 155 (bisher 52), Reformsozialisten 27 (unverändert).

**Gegen die Monarchie**  
Mailand, 20. November. Der Monat berichtet, daß die Parteileitung der Sozialdemokratischen Partei in ihrer gestrigen Sitzung in Rom beschlossen habe, alle Angehörigen der sozialistischen Parteigruppe einzuladen, der Gründungsversammlung der Kammer am 1. Dezember beizuwohnen zum Zweck einer anti-monarchistischen Kundgebung.

**Gewerkschaftsbewegung**  
Das Lehrlingswesen im Bäckereigewerbe  
Die Lehrlingskommission des Zentralverbandes der Bäcker und Konditoren, Jahrestag Dresden, Lindenstraße 12, U., wendet sich an die Arbeiterkassen von Dresden und Umgebung mit folgender Bitte:

Im Lehrlingswesen des Bäckereigewerbes herrschen die größten Missetände. Bei ungenügender Stoff sowie schlechter Behandlung werden diese jungen Kollegen meistens über die gesetzliche Arbeitszeit hinaus beschäftigt. Die Löhneverhältnisse sind nicht die besten. Der größte Teil dieser jungen Kollegen muß dauernd andere Arbeiten verrichten, welche die Erlernung des Berufs unmöglich machen. Die Lehrlingskassen und damit verbunden die schlechten Verhältnisse im Berufsleben sind allgemein bekannt. Die Lehrlinge sind schuldlos der Ausbeutung und Willkür preisgegeben.

Diese Missetände zu beseitigen hat sich die Lehrlingskommission des Zentralverbandes der Bäcker und Konditoren zur Aufgabe gemacht und bittet um Mithilfe der gesamten Arbeiterkassen.

Deshalb bitten wir uns zu melden, wo Lehrlinge vor 6 Uhr früh und nach 10 Uhr abends beschäftigt werden. Auch alle Missetände möge man uns mitteilen lassen, damit wir diese unmwürdigen Verhältnisse beseitigen können.

**Ein internationaler Holzarbeiterkongress**  
Einem Entschluß des Sekretärs der Internationalen Union der Holzarbeiter, Theodor Veit, folgend, hat der Vorstand des deutschen Holzarbeiterverbandes eine internationale Konferenz der Holzarbeiter auf den 8. Dezember nach Amsterdam benannt. Auf eine vorausgehende Umfrage sind Bestimmungserklärungen eingegangen aus Belgien, Dänemark, Frankreich, England, Frankreich, Holland, Norwegen, Schweden und Schweden. Auch aus Argentinien ist eine Beteiligung angedeutet. Voraussichtlich werden noch mehrere Länder auf der Konferenz vertreten sein. Der deutsche Holzarbeiterverband wird sich Delegierte entsenden, darunter auch Theodor Veit, der auch nach der Übernahme des Amtes als württembergischer Arbeitsminister die Funktion des internationalen Sekretärs beibehalten hat.

**Letzte Telegramme**  
(Eigene Drahtmeldungen.)  
Ein Januermörder  
Luzern, 20. November. Hier wurden mehrere Kommunisten sowie russische Volksdeutsche verhaftet. Die Untersuchung ergab, daß einer der Verhafteten an der Ermordung des russischen Baron Nikolai Krugoslawitsch teilgenommen hat. Bei der Verhaftung wurden Wäsende des Januars mit dem russischen Passportschein und ein Tagebuch gefunden, in dem der Name Krugoslawitsch eigenhändig aufgeschrieben gemacht hatte. Der Verhaftete erklärte, daß er es ein ehemaliger Soldat an dem Todestriebe gegen den Baron Nikolai Krugoslawitsch gewesen habe. Man nimmt an, daß die weiteren Untersuchungen in dieser Angelegenheit sensationelle Enthüllungen bringen werden.

**Kriegsüberreste**  
Kriegsüberreste, 20. November. Die Radikalische Landesregierung berichtet von der Besetzung der in englischen Unterhosen über angelegte im Schwarzwalde befindliche Artillerie- und Kanillionslager gesprochen wurde, daß dies darauf zurückzuführen ist, daß auf den Truppen des Schwarzwaldes noch ganz unerwartet von Neuzugang herkommen. Artillerie und Munition sind allerdings nicht dabei. Es handelt sich hier lediglich um Überreste von Kolonnen- und Transportwagen, die im Laufe der Zeit halb verfallen sind und ein Verfallsrisiko bilden.

### Der Grund des Valuta-Sieftandes

Von einem Exporteur wird dem Reichstag geschrieben: Bei allen bisherigen Betrachtungen, die über die Valuta-entwertung durchgeführt worden sind, ist der eigentliche Hauptgrund der Valuta-entwertung wenig beachtet geblieben.

Die Firmen, die während des Krieges exportierten konnten nach Beendigung der eigentlichen Kriegsjahre eine bestimmte Exportfähigkeit wieder aufnehmen konnten, dürfen wohl den Anfang an ihre Exportprodukte so absetzen haben, daß in ausländischer Währung bezahlbar werden mußte. Wurde nun noch die Forderung der Ausländer erfüllt, so erfolgte, wie es früher üblich war, die Bezahlung des Schiffs nach Deutschland und der entsprechende Wertbetrag wurde dem Exporteur einfließen.

Als nun die Valutaentwertung der Reichsmark einsetzte, wurde die jede exportierende Firma zur Bewußtheit, daß die durch sofortige Bezahlung der ausländischen Zahlung (also bei Zahlung) einen Verlust erleiden hätte. Sollte sie den ausländischen Betrag erst im Wochen später in Mark umgewandelt und einfließen, so wäre ihr in Betracht der inzwischen weiter gesunkenen Markkurse ein gewisser größerer Wertbetrag zugeflossen und ein noch größerer, wenn sich der Wechselkurs nach Deutschland und der entsprechende Wertbetrag nicht nur dem Exporteur einfließen.

Als nun die Valutaentwertung der Reichsmark einsetzte, wurde die jede exportierende Firma zur Bewußtheit, daß die durch sofortige Bezahlung der ausländischen Zahlung (also bei Zahlung) einen Verlust erleiden hätte. Sollte sie den ausländischen Betrag erst im Wochen später in Mark umgewandelt und einfließen, so wäre ihr in Betracht der inzwischen weiter gesunkenen Markkurse ein gewisser größerer Wertbetrag zugeflossen und ein noch größerer, wenn sich der Wechselkurs nach Deutschland und der entsprechende Wertbetrag nicht nur dem Exporteur einfließen.

### Deutsches Reich

**Der Untersuchungsausschuss**  
Berlin, 20. November. Aus dem Untersuchungsausschuss wird mitgeteilt: Es werden Gerüchte verbreitet, als ob der parlamentarische Untersuchungsausschuss seine Arbeiten einstellen und langsam in der Versenkung verschwinden wollte. Das Gegenteil trifft zu. Der Ausschuss arbeitet daran, seine Methoden zu verbessern. Unrichtig ist es auch, daß beschlossen ist, daß der zweite Untersuchung vor Weihnachten keine Sitzungen mehr abhalten werde. Über den Zeitpunkt der weiteren Verhandlung und der Sitzungen sind die Verhandlungen mit Rücksicht auf die Geschäftsverteilung der Nationalversammlung ein Verbot noch nicht gefaßt worden. Nach Abschluß dieser Verhandlung wird allerdings der zweite Untersuchungsausschuss eine längere Pause einzutreten lassen, da das Material in seiner weiteren Tätigkeit noch nicht hinreichend geordnet ist. Die Verarbeitung der Akten ist ebenso wichtig wie die Vernehmung der Auskunftspersonen. Mit der Verarbeitung der Akten sind augenblicklich die Untersuchungen I, II und IV vollst. beschäftigt. Die Arbeit des ersten Untersuchungsausschusses, der die Vorgeschichte des Krieges unterrichten soll, ist so weit gegeben, daß mit der Vernehmung von Auskunftspersonen voraussichtlich zu Beginn des neuen Jahres angefangen werden kann.

**Sperrung der Schweizer Grenze**  
Die Verhinderung deutscher Waren im Ausland, die sowohl das deutsche Volkswirtschaften schädigt als die weltliche Konkurrenz im Einfuhrland lähmt, hat an der Schweizer Grenze von Basel bis Konstanz zur Anwendung schärfster Sperrmaßnahmen geführt, durch die die Warenzufuhr nach der Schweiz verhindert werden soll. Der Grenzschutz auf deutscher wie auf schweizerischer Seite ist erheblich verstärkt.

**Gegen die Herausforderungen von rechts**  
Inner dem Titel „Rechtspolitische Verantwortlichkeitsgründe“ wird der 2. Abt. 3. von ausländischer Seite geschrieben: In den letzten Wochen hat sich im deutschen Wirtschaftsleben eine gewisse Verdrängung angebahnt. Die Ermächtigung über das Beschlagen von gewissenlosen Agitatoren immer wieder vergeblich erweckten Hoffnungen ist auch bei vielen ganz radikalen Elementen nicht ausgeblieben. Die Regierung bemüht sich, diesen Zustand für eine gesunde Entwicklung nutzbar zu machen, damit wir über diesen fürchterlichen Winter ohne tiefgehende Krisis hinwegkommen. Diese Bestrebungen werden aber durchkreuzt durch das Verhalten gewisser extremer rechtsextremender Kreise, die die Unwissenheit Hindenburgs und Ludendorffs dazu benutzt haben, um politische Demonstrationen zu veranstalten.

In weiten Volksteilen hätte man gegen wirklich spontane Kundgebungen für Hindenburg und Ludendorff nicht das mindeste einzuwenden gehabt. Der Verdacht aber, daß es sich um wohlüberlegte und rein parteipolitisch gedachte Demonstrationen handelte, kann außerordentlich erbitternd wirken. Man darf daher wohl der Erwartung Ausdruck geben, daß die Veranstalter jener politischen Demonstrationen nunmehr sich Zurückhaltung auferlegen werden. Sollte doch wieder versucht werden, die Straße oder die

### Letzte Telegramme

(Eigene Drahtmeldungen.)  
Ein Januermörder  
Luzern, 20. November. Hier wurden mehrere Kommunisten sowie russische Volksdeutsche verhaftet. Die Untersuchung ergab, daß einer der Verhafteten an der Ermordung des russischen Baron Nikolai Krugoslawitsch teilgenommen hat. Bei der Verhaftung wurden Wäsende des Januars mit dem russischen Passportschein und ein Tagebuch gefunden, in dem der Name Krugoslawitsch eigenhändig aufgeschrieben gemacht hatte. Der Verhaftete erklärte, daß er es ein ehemaliger Soldat an dem Todestriebe gegen den Baron Nikolai Krugoslawitsch gewesen habe. Man nimmt an, daß die weiteren Untersuchungen in dieser Angelegenheit sensationelle Enthüllungen bringen werden.

**Kriegsüberreste**  
Kriegsüberreste, 20. November. Die Radikalische Landesregierung berichtet von der Besetzung der in englischen Unterhosen über angelegte im Schwarzwalde befindliche Artillerie- und Kanillionslager gesprochen wurde, daß dies darauf zurückzuführen ist, daß auf den Truppen des Schwarzwaldes noch ganz unerwartet von Neuzugang herkommen. Artillerie und Munition sind allerdings nicht dabei. Es handelt sich hier lediglich um Überreste von Kolonnen- und Transportwagen, die im Laufe der Zeit halb verfallen sind und ein Verfallsrisiko bilden.







# Schule und Haus

Von Artur Arzt, M. d. R.

Um den Willen zur Gemeinschaft zu wecken, ist es nötig, daß schon die einzelne Klasse als Gemeinschaft aufgeföhrt wird und der Schüler sich als Glied der Klassengemeinschaft fühlen lernt. Wie es in anderen Gemeinschaften Befähigte und weniger Befähigte, so oder so Veranlagte gibt, so also auch in der Klasse. Damit wende ich mich gegen eine Trennung der Schüler nach der Begabung.

Das ist nämlich das Neueste, was man jetzt einführen will. Die Schüler sollen unterrichtet werden nach ihrer Begabung, und auf Grund der Unterrichts sollen Klassen für Begabte, für Normale und für Unternormale eingerichtet werden. Man sagt nämlich: die Befähigten begreifen schneller. Weiben sie also in der Klasse, so fangen sie an, sich zu langweilen. Ihnen kann man aber ganz andre Aufgaben zuweisen. Sie sind die Tüchtigen, und ihnen muß freie Bahn erschaffen werden. Die Normale und die Unternormale sind Schwachbegabten haben dann auch einen großen Vorteil. Sie brauchen sich nicht so zu plagen, für sie kann man den Stoff besonders zuspitzen und auch auswählen.

Die Begabungen kann man aber leider noch gar nicht einwandfrei feststellen. Etwa bis zum zwölften Jahre ist es unmöglich, ein Kind auf seine geistigen Qualitäten hin genau einzuordnen. Gerade als Lehrer erlebt man hierin die schwersten Lebererkrankungen. Schüler, die in den Unterstufen als gewandt erweisen, verfallen später oder gehen immer mehr zurück. Es gibt Begabtenjäger, die glatt den Kadeweis führen zu können glauben, daß die Kinder der Reichen die Begabten sind, während die Kinder der Armeren minder begabt sind. Kommt man also nach diesen „Forschungen“ zu einer Trennung der Schüler, so bekommen wir auf einem Umwege die alte Standesschule wieder in unserm Schulorganismus, und die allgemeine Volksschule steht in Wirklichkeit nur auf dem Papier. Deshalb gilt es für unsere Eltern, daß sie sich überall, wo solche Trennungen nach der Befähigung geplant sind, mit ganzer Kraft dem widersetzen.

Was hier nämlich als Begabung erscheint, ist weiter nichts als eine größere sprachliche Gewandtheit. Es ist selbstverständlich, daß Kinder aus den sogenannten besseren Schichten eine größere sprachliche Ausdrucksfähigkeit haben als die ärmeren Volksschichten. Dort wird im Hause auf gutes Sprechen gehalten, die Mutter, die Erzieherin helfen auf gute Sprechbildung, können sich mehr mit den Kindern abgeben, führen das Kind vielleicht auch in einem viel weiteren Anschauungskreis, reizen mit ihm vielleicht gar schon ins Gebirge oder ans Meer, und so ergibt sich ein Wertschätzung über die verschiedensten Dinge, eine schärfere, schärfere Auffassung, die aber nur eine Wiederholung bekannter Dinge ist, und eine richtige Ausdrucksfähigkeit. Demzufolge müssen diese Kinder den Eindruck von gewandten Schülern machen, während Arbeiterkinder auf Fragen mühsam antworten, vielleicht nur einzelne Worte herausbringen können. Sobald aber nach den ersten Jahren der Vorprüfung eingeholt ist, dann erlebt man die sonderbarsten Lebererkrankungen. Schärfe des Denkens, Klarheit der Vorstellungen, eigenes Bestreben findet man auf einmal bei denen, die früher die Unbeholfenen waren. Genug Beispiele gibt es aus der Geistesgeschichte großer Männer, die auf Grund der Begabtenforschung immer in die Klasse der Schwachbegabten gekommen wären.

Abgesehen von der Unzulänglichkeit solcher Untersuchungen, abgesehen davon, daß man die Kinder auch für die Untersuchungen einsezieren kann, bräute diese Scheidung eine schlimmere Gliederung als die nach dem Geldbeutel der Eltern. Mit dem Worte begabt und unbegabt spricht man ein Werturteil aus, und unter diesem Werturteil hätten die Kinder zeitlich zu leiden. Die Klasse C oder die Schule der Schwachbegabten ist sehr bald im Kinderunde die „Dummeklasse“ oder „Dummenschule“, und das Kind würde auch später zu hören bekommen, daß es ja in die Dumm-

Klasse gegangen ist. Die alte Schule hatte das Eigenlebensleben, und viele werden wissen, wie die Kinder darunter leiden mußten und auch in ihrem späteren Fortkommen gehindert wurden. Das System der Begabtenklassen sowohl wie das der Stenbleiber gehört der alten Vernunft an, die die Arbeitsschwierigkeiten überwindet, wie später gezeigt werden wird.

Freie Bahn dem Tüchtigen, gilt im Sinne Napoleons, von dem das Wort ja stammt, dem Tüchtigen vollenenden, also dem, der den Willen hat. Der Wille kann aber nur angelegt werden durch die Gemeinschaft, indem man immer lebendige Beispiele guter Leistungen vor sich sieht, die zur Nachahmung anregen. Der Lehrer muß insoweit sein, alle Kräfte allen dienbar zu machen. Hat er einen sogenannten gewandten Schüler, so muß er ihn darauf hinweisen, daß er mit seinen Gaben verpflichtet ist, denen, die nicht gleich mitkommen, zu helfen. Dabei kann man ihm aber zeigen, daß er sich auf seine Begabung nichts einbilden braucht; denn der Schüler, dem er hilft, ist vielleicht ganz anders begabt. Ihn sind zum Beispiel die Ehren aufgelaufen. Spielt er singt ihm der Lehrer eine Melodie vor, so kann er sie ohne weiteres nachsingen. Er erweist also die Klassengemeinschaft durch seine geistige Begabung, während die Ehren des „Gewandten“ geradezu verstopft sind. Oder der Schüler, dem das „Begabte“ widmet, hat ein Auge, das die Schönheit der Vinken, der Narben empfindet. Er erweist die Klassengemeinschaft durch die überragende Führung seines Stilles oder Pinsels. Ein dritter wieder hat die Fähigkeit der Darstellung einer Sache in plastischer oder Holz usw. Weise, wir eine bestimmte Sache heraus. Der Lehrer gibt im Aufgabunterricht das Thema „Winter“. Da übernehmen zunächst die intellektuell Begabten die Führung, geben den Kindern, den Gedankeninhalt des Themas. Jetzt erfolgt die Darstellung. Die einen sind vorzügliche Wortdarsteller. Die anderen stellen das Thema zeichnerisch dar, geben inhaltlich oft mehr und klarer als die schönste Wortdarstellung, und sogar der, der weiter nichts zu geben hätte als einen schönen Schrift und schöne äußere Anordnung, wird zum Anreiz für die andern. So kommt, wenn nach der Arbeitsschwierigkeit unterrichtet wird, jede Begabung zu ihrem Rechte und erhält ihren Wert für die Gemeinschaft.

Schüler, die so geföhrt werden, erkennen sehr bald: Es sind mancherlei Begabungen; aber die Hauptsache ist, daß ein Geist da ist, nämlich seine Begabung in den Dienst der Allgemeinheit zu stellen. Dadurch bekommt das Ganze erst Ziele, Inhalt und Kraft.

Von hier aus ist dann nur ein Schritt zum Verständnis des Staatslebens. Ohne große staatsbürgerliche Erziehung kann der Schüler von dem Leben in der Volksgemeinschaft keine rechte Stellung im Staate finden. Er wird ihn aufpassen lernen als einen Organismus, ähnlich wie seinen Körper. Zu dem Organismus brauchen wir das Auge und das Ohr, oder ebensoviele notwendig die Hand und den Fuß, und wenn eines dieser Glieder leidet, so leidet der ganze Organismus mit. Und so erkennt der Schüler, auch für den Staatsorganismus brauchen wir verschiedene Begabungen, wir brauchen den Künstler und den Hochschulpflichter, den Doktor und sonst viele, aber ebensoviele notwendig die Hand und den Fuß, und wenn eines dieser Glieder leidet, so leidet der ganze Organismus mit. Und so erkennt der Schüler, auch für den Staatsorganismus brauchen wir verschiedene Begabungen, wir brauchen den Künstler und den Hochschulpflichter, den Doktor und sonst viele, aber ebensoviele notwendig die Hand und den Fuß, und wenn eines dieser Glieder leidet, so leidet der ganze Organismus mit. Und so erkennt der Schüler, auch für den Staatsorganismus brauchen wir verschiedene Begabungen, wir brauchen den Künstler und den Hochschulpflichter, den Doktor und sonst viele, aber ebensoviele notwendig die Hand und den Fuß, und wenn eines dieser Glieder leidet, so leidet der ganze Organismus mit.

Die sächsische Angelegenheiten Die sozialdemokratische Vertretung in Bezirksversammlungen und Kreisauerschüssen

Nunmehr sind die Wahlen für die Bezirksversammlungen für die 29 Amtshauptmannschaften in Sachsen vollzogen. Eine Uebersicht zeigt, daß in 13 von den 29 Bezirken eine mehr oder weniger große sozialdemokratische Mehrheit besteht, und zwar in den Amtshauptmannschaften Dresden-A., Dresden-N., Döbeln, Rochlitz, Chemnitz, Annaberg, Glauchau, Riesa, Zwickau, Stolberg, Auerbach, Schwarzenberg und Plauen. Außerdem besteht noch eine unabhängige Mehrheit in Leipzig-Land und Stimmengleichheit zwischen sozialdemokratischen und bürgerlichen Vertretern in den Bezirken Ebbau und Rittau.

Nach Kreisauerschüssen zusammengestellt, ergibt sich folgende Verteilung der Bezirksvertreter nach Parteiengruppen:

Kreisauerschiff	Soz.	U. Soz.	Romm.
Dresden	98	73	—
Leipzig	151	109	59
Chemnitz	115	78	47
Zwickau	83	111	2
Annaberg	91	141	5

Daraus ergibt sich, daß nur in den Kreisauerschüssen für die Regierungsbezirke Chemnitz und Zwickau sozialdemokratische Mehrheiten zustande kommen werden und im Regierungsbezirk Leipzig insoweit, wie sozialdemokratische und unabhängige Vertreter zusammengehen. Diese Mehrheiten sind allerdings auch so erheblich, daß durch die Vertretung der bezirksfreien Städte kaum eine Verschiebung herbeigeföhrt werden kann.

Die Kolarde bei der sächsischen Reichswehr Von kundiger Seite wird uns geschrieben: Das Wehrkreiskommando IV behauptet in einer Notiz an die Tagespresse, daß Tragen der schwarzrotgoldenen Kolarde nicht verboten zu haben. Zur Klarstellung der Angelegenheit diene folgendes: Nach Art. 12 Abs. 1 des XII. A. R. vom 19. Dezember 1918 ist „am Stirnstreifen eine schwarzrotgoldene Kolarde“ zu tragen. Dieses republikanische Abzeichen hat sich im Laufe der Zeit bei den sächsischen Truppen allgemein eingebürgert und wurde bis vor wenigen Tagen auch von den sächsischen Reichswehrruppen, einschließlich der Offiziere, unbeanstandet getragen. Heutzutage entspricht ja die Kolarde

in ihrer Farbenzusammensetzung den durch die Verfassung festgelegten Reichsfarben. Nachdem die preussischen Angehörigen des Stabes des N. R. IV in Dresden eingetroffen sind, die ausnahmslos die schwarzrotgoldene Kolarde am Stirnstreifen der Mütze tragen, wurden nunmehr auch die Unteroffiziere und Mannschaften des Hauptquartiers am 15. November durch den Kommandanten des N. R. angehalten, alle andern Kolarden abzulegen und dafür die schwarzrotgoldene Kolarde anzulegen.

Wenn in der Verfassung geföhrt wird, das neue Adlerabzeichen ist von den Reichswehrruppen anzulegen, so trifft das ohne weiteres zu, es kann nur nicht angelegt werden, weil es noch nicht offiziell vorhanden ist. Es entspricht aber den Tatsachen, daß das Wehrkreiskommando des Tragen der schwarzrotgoldenen Kolarde für die Reichswehrgenossen verboten hat, weil es angeblich nicht für die Reichswehr eingeföhrt sei und hat dafür das Anlegen der schwarzrotgoldenen Kolarde befohlen, das aber auch nicht für die Reichswehr eingeföhrt ist. In noch nicht absehbarer Zeit soll das Adlerabzeichen eingeföhrt werden.

Patentverhand an Gefangene in Frankreich Der Landesrat der Vereine vom roten Kreuz in Sachsen teilt uns mit: Nachdem die französische Regierung sich trotz allen noch so erweisen und dringenden Vorstellungen der deutschen Regierung des deutschen roten Kreuzes und der deutschen im Interesse der Kriegsgefangenen und Zivilisangenen neuerdings Vereinigungen weigert, in die Gefangenen der deutschen Kriegs- und Zivilisangenen zu willigen, empfiehlt es sich, noch Möglichkeit den Gefangenen in französischer Gewalt Rechte zu geben in jeder Form insbesondere Patente, zu erteilen. — Wenn auch die Verträge über die Zulassung der Patente in Frankreich neuerdings sehr zu wünschen lassen, und unangelegentlich Klagen über Verletzung und Abhandlung von Patenten eingehen, sollten die Angehörigen der Gefangenen angesichts der ungünstigen Lage in den französischen Gefangenenlagern sich nicht abhalten lassen, auch hinsichtlich zu einer Verbesserung dieser Lage nach Kräften beizutragen. Sollten daher Angehörige von Kriegsgefangenen diesen Gegenstände zu schicken haben, die sie bringen gebrauchen und sich für Geld in Frankreich nicht beschaffen können, so mögen sie die Sendungen auch auf die Gefahr des Abhandlungskommandos oder der Verurteilung hin verschicken.

Um die Beschaffungsbeihilfe Von der Vertretung beteiligter Arbeiter und Angestellten wird uns geschrieben: Die von zuständigen Stellen in der Dresdner

Verfassung vom 20. November 1919 Seite 5 vertretene Ansicht, daß Beschaffungsbeihilfe für die in den technischen Instituten Beschäftigten Arbeiter kann nicht unüberprüfbar bleiben, weil sie von Voraussetzungen befreit ist, die unmöglich Anwendung auf die hiesigen Verhältnisse finden können.

Wenn man glaubt, daß die Löhne und Gehälter in den hiesigen Instituten so festgesetzt sind, daß sie eine Bedürftigkeit nicht mehr rechtfertigen, so ist dies entschieden ein Irrtum. Es ist eine unläugbare Tatsache, daß die Löhne und Gehälterverhältnisse der Arbeiter und Angestellten der sächsischen Industriebetriebe während der ganzen Kriegszeit bedeutend hinter den in Spandau und anderwärts üblichen zurückblieben, und daß auch noch heute hierin ganz beträchtliche Unterschiede zumunsten der sächsischen Arbeiter und Angestellten bestehen. Unrichtig ist es, der Beschaffung der Institute den Vorwurf zu machen, daß sie die Zahlung der Beschaffungsbeihilfe zu Unrecht verweigern, da selbst die Direktoren auf Grund des entsprechenden Wortlautes der Verfassung sich bis zum Einsetzen des Sperrgesetzes nicht im mindesten über die Zuständigkeit waren. Wenn die Reichsstellen im letzten Moment die Auszahlung herren ließen, so dürfte dies durchaus zuzuschreiben sein, daß man dort der Annahme war, daß alleorts die gleichen Verhältnisse herrschen wie in den Spandauer Betrieben. Der Umstand, daß die Beschaffungsbeihilfe bereits auf den vorausgehenden Lohnzetteln verzeichnet war und somit die Arbeiter glaubten, daß sie diesen Geldbetrag aufs Bestimmteste als Einnahme betrachten können, rechtfertigt die Entscheidung, die in dem Artikel vorhandene Forderung, daß die Arbeiter der Bahn und Post die gleichen Ansprüche stellen könnten; denn diese befinden sich ja schon im Besitze der Beschaffungsbeihilfe. Gerade aus dieser Tatsache leitet die Verwaltung der technischen Institute zum Teil die Berechtigung ihres Vorschlags her.

Zur übrigen hat man einer in Berlin vorstellig gewordenen Kommission der Arbeiter der hiesigen Betriebe zuzuschreiben, daß auf Grund der sächsischen Verhältnisse diese Angelegenheit nachmals Gegenstand einer eingehenden Erörterung sein soll.

Die Straßenbahn in Leipzig verstaatlicht Die Verstaatlichung der Großen Leipziger Straßenbahn ist nunmehr endgültig vollzogen worden, indem die Leipziger Stadtverordneten gegen 7 Stimmen dem dahingehenden Beschlusse zugestimmt haben. Zur Deckung der auf die Gesellschaft zu zahlenden Entschädigung von 24 Millionen Mark und zur Beschaffung eines vorläufigen Betriebskapitals wurde die Ausgabe einer 4-prozentigen Anleihe in der Höhe von 25 Millionen Mark beschloffen.

Ein republikanischer Bund mittlerer Führer Für den Bereich des Freistaates Sachsen soll in der nächsten Zeit eine Gruppe des Republikanischen Führerbundes ins Leben gerufen werden.

Zwickau, 28. November. Die Stadtverordneten bewilligen gegen die Stimmen der Deutschnationalen und Unabhängigen die einmalige Beschaffungsbeihilfe für die hiesigen Beamten und Arbeiter nach den staatlichen Sätzen. Die Kosten von 1300000 M. sollen zur Hälfte auf Anteile genommen, zur andern Hälfte durch einen besonderen Steuertermin auf die Einkommen über 5300 M. aufgebracht werden. Der Stadtkapitel wurde die jährliche Beihilfe von 2500 M. auf 40000 M. erhöht und für ein Ehrenmal für die Gefallenen auf dem Hauptfriedhofe ein Betrag von 20000 M. bewilligt.

## Stadt-Chronik

### Die Dresdner Lebensmittelversorgung

In der gestrigen Pressebesprechung im städtischen Lebensmittelamt ging Direktor Graupner auf die Aussichten der Dresdner Lebensmittelversorgung ein. Die Schwierigkeiten der Kartoffelbeschaffung und ihre Ursachen, wie verminderte Ernte, früherer Eintritt des Winters, sind bekannt. Doch haben sich nach den bisherigen Nachrichten die Kartoffeln unter der Schneedecke leidlich gehalten, so daß noch Hoffnung besteht, sie gesund zu ernten. Die Eingänge sind wenigstens aus Sachsen zufriedenstellend. Noch keine Klärung besteht darüber, was künftig als Ersatz verteilt werden soll, wenn wieder einmal wie in voriger Woche keine Kartoffelverteilung möglich ist. Ebenso ist noch unbekannt, wieviel Portionen an Jenerkaffee eingedeckt sind. Die Beschaffung von Auslandskartoffeln ist bereits in die Wege geleitet, ebenso ihre Verbilligung beim Verkauf. Doch werden die Kleinhandelspreise noch hoch genug bleiben. — Mehl wird vom 1. November an aller 14 Tage in Mengen von einem halben Pfund verteilt, und zwar Gerstenaermehl, das aus Roggen-, Weizen- und Weizenmehl gemischt ist. Die erste Verteilung findet statt, sobald die genügende Menge beisammen ist, d. h. 2700 Zentner, denn sobald werden jebedam allein in der Stadt Dresden gebraucht. — Von Brotzusatzmitteln konnte kunstfertig noch einmal verteilt werden. Auch Inlandsmarmelade kann nur noch einmal vorkommen, dafür aber noch einige Male Auslandsmarmelade. — Mit Kaffeersatz ist Dresden für den ganzen Winter reichlich eingedeckt. — Bei Fleisch ist die Menge von 150 Gramm bis auf weiteres gewährleistet. Für Fett und Milch hat sich in den letzten Wochen nichts geändert.

### Silber heimischer Tiere

Der Landesverein Sächsischer Heimatschutz gibt jetzt Heimatschutz-Tierpostkarten im eigenen Verlag heraus. Die erste sieben erdlenen Reihe enthält zehn Silber heimischer Säugetiere, die Herr Rudolf Zimmermann, Rochlitz, mit vieler Mühe und Gehalt in der freien Natur aufgenommen hat: Fehdohr, Biber, Marder, Kanari, Siebenschläfer, Waldmäus, Ziesel, Haselmaus, Waldmaus, Feldmaus und Igel. Einige der Aufnahmen sind besonders gut gelungen, so die im Wandstern trappelnde Jagdmäus, die affenartig kletternden Haselmäuse, der Fuchs mit dem erlesenen Mäuschenmännchen, die Spitzhörnchen der Waldmaus und das dröckliche Jungföhlchen. Es sind Naturstudien, durch keine Kunst „verbessert“, an denen der Naturfreund und der Liebhaber photographischer Kunst ihre Freude haben werden. Die Karten sind nach dem Originalaufnahmen in schönem Puffertiefdruck in blaugrünem Tone auf hartem Papier gedruckt. Jeder Karte sind in großer, doch nicht übermäßig kleiner Schrift kurze Angaben über die Lebensart des abgebildeten Tieres beigelegt. Die Reihe in einer Mappe kostet nur 2 M.

### Brotstieber

Der Ranzigehilfe Otto Franz Schärfe war im 8. sächsischen Wehrbezirk angelehrt. Er war mit dem Produktionsleiter Karl Friedrich Ebert bekannt. Auf dessen Ansuchen hat ihm Schärfe mehrfach Brotzusatzstoffe verschafft, später hat er dem E. ganze Pakete entwerliche Brotmarken, wie so auf dem Wehrmarken von den Reichshändlern abgegeben werden, verschafft. Diese Markenpakete sollten eigentlich auf dem Wehrmarken vertrieben werden, es hat aber niemand kontrolliert, ob alle Pakete vernichtet wurden. Nach der Anklage sollen die beschriebenen unechte Marken über 1500 Pfund Brot und 5 bis 10 Pfund Butter wesentlich auf diese Weise doppelt verteuert haben. Der Ranzigehilfe Schärfe hat dem Ebert mehrere Brotmarken, die schon entwertet waren, umgekauft, damit sie

Wunder...  
 rbig...  
 de...  
 thie...  
 us...  
 raxie...  
 u. leichter...  
 Schulze...  
 aufnahmen...  
 aufstellen...



nicht verlassen. Ober hat die von Schatz erhaltenen Marken mit seinen abzuverkauften Marken vermischt und dem 8. Dezember für die Besondere... Die genaue Anzahl von Brot und Butter...

Geldmangelerscheinung

Die Lage nach einer Erwerbslosen- und Arbeitslosen-Vereinbarung... Die Erwerbslosen-Vereinbarung... Die Arbeitslosen-Vereinbarung...

Am 13. November fand im Gasthaus im Wägen eine öffentliche Versammlung... Die Versammlung wurde von dem Vorsitzenden... Die Versammlung wurde von dem Vorsitzenden...

Die Höhe fällt. Nach Mitteilungen der Wasserbauverwaltung... Die Höhe fällt... Nach Mitteilungen der Wasserbauverwaltung...

Die Luftkühlvorrichtung auf den Dächern... Die Luftkühlvorrichtung auf den Dächern... Die Luftkühlvorrichtung auf den Dächern...

Die Einlieferung des Gas- und Stromverbrauches... Die Einlieferung des Gas- und Stromverbrauches... Die Einlieferung des Gas- und Stromverbrauches...

Die Kohlenbesitznahme für Januar bis April... Die Kohlenbesitznahme für Januar bis April... Die Kohlenbesitznahme für Januar bis April...

Die Kohlenbesitznahme für Januar bis April... Die Kohlenbesitznahme für Januar bis April... Die Kohlenbesitznahme für Januar bis April...

Die Kohlenbesitznahme für Januar bis April... Die Kohlenbesitznahme für Januar bis April... Die Kohlenbesitznahme für Januar bis April...

Die Kohlenbesitznahme für Januar bis April... Die Kohlenbesitznahme für Januar bis April... Die Kohlenbesitznahme für Januar bis April...

Die Kohlenbesitznahme für Januar bis April... Die Kohlenbesitznahme für Januar bis April... Die Kohlenbesitznahme für Januar bis April...

Die Kohlenbesitznahme für Januar bis April... Die Kohlenbesitznahme für Januar bis April... Die Kohlenbesitznahme für Januar bis April...

Die Kohlenbesitznahme für Januar bis April... Die Kohlenbesitznahme für Januar bis April... Die Kohlenbesitznahme für Januar bis April...

Die Kohlenbesitznahme für Januar bis April... Die Kohlenbesitznahme für Januar bis April... Die Kohlenbesitznahme für Januar bis April...

Die Kohlenbesitznahme für Januar bis April... Die Kohlenbesitznahme für Januar bis April... Die Kohlenbesitznahme für Januar bis April...

Rechtunterstützung auch auf der Schmalzfabrik und können... Rechtunterstützung auch auf der Schmalzfabrik und können...

Der Arbeiterverein hielt seinen... Der Arbeiterverein hielt seinen... Der Arbeiterverein hielt seinen...

Die Arbeiterverein... Die Arbeiterverein... Die Arbeiterverein...

Die Arbeiterverein... Die Arbeiterverein... Die Arbeiterverein...

Die Arbeiterverein... Die Arbeiterverein... Die Arbeiterverein...

Die Arbeiterverein... Die Arbeiterverein... Die Arbeiterverein...

Die Arbeiterverein... Die Arbeiterverein... Die Arbeiterverein...

Die Arbeiterverein... Die Arbeiterverein... Die Arbeiterverein...

Die Arbeiterverein... Die Arbeiterverein... Die Arbeiterverein...

Die Arbeiterverein... Die Arbeiterverein... Die Arbeiterverein...

Die Arbeiterverein... Die Arbeiterverein... Die Arbeiterverein...

Die Arbeiterverein... Die Arbeiterverein... Die Arbeiterverein...

Die Arbeiterverein... Die Arbeiterverein... Die Arbeiterverein...

Die Arbeiterverein... Die Arbeiterverein... Die Arbeiterverein...

Die Arbeiterverein... Die Arbeiterverein... Die Arbeiterverein...

Die Arbeiterverein... Die Arbeiterverein... Die Arbeiterverein...

Die Arbeiterverein... Die Arbeiterverein... Die Arbeiterverein...

Die Arbeiterverein... Die Arbeiterverein... Die Arbeiterverein...

Die Arbeiterverein... Die Arbeiterverein... Die Arbeiterverein...

Die Arbeiterverein... Die Arbeiterverein... Die Arbeiterverein...

Leben · Wissen · Kunst

Max Pechstein

Die Galerie Arnold hat mit großer Sorgfalt eine... Die Galerie Arnold hat mit großer Sorgfalt eine... Die Galerie Arnold hat mit großer Sorgfalt eine...

So in der malerischen... So in der malerischen... So in der malerischen...

Reben dem Problem des farbigen... Reben dem Problem des farbigen... Reben dem Problem des farbigen...

Einige Worte wären noch über... Einige Worte wären noch über... Einige Worte wären noch über...

Der Konzert... Der Konzert... Der Konzert...

Der Konzert... Der Konzert... Der Konzert...

Der Konzert... Der Konzert... Der Konzert...

Der Konzert... Der Konzert... Der Konzert...

Der Konzert... Der Konzert... Der Konzert...

Der Konzert... Der Konzert... Der Konzert...

Der Konzert... Der Konzert... Der Konzert...

Der Konzert... Der Konzert... Der Konzert...

Der Konzert... Der Konzert... Der Konzert...

Der Konzert... Der Konzert... Der Konzert...

Der Konzert... Der Konzert... Der Konzert...

Der Konzert... Der Konzert... Der Konzert...

Der Konzert... Der Konzert... Der Konzert...

Der Konzert... Der Konzert... Der Konzert...

Der Konzert... Der Konzert... Der Konzert...

Der Konzert... Der Konzert... Der Konzert...

Der Konzert... Der Konzert... Der Konzert...

Der Konzert... Der Konzert... Der Konzert...

Der Konzert... Der Konzert... Der Konzert...



**Städtische Verordnung der Reichshauptstadt für Gemüsesorten**  
 Die nachstehende Verordnung der Reichshauptstadt für Gemüsesorten ist durch den Reichsausschuss für Ernährungswirtschaft vom 1. Dezember 1919 beschlossen worden. Die Verordnung tritt am 1. Dezember 1919 in Kraft.

1. für Kohlweisskohl	4.-	2. für Kohlrabi	4.-
3. für Fenchel	7.50	4. für Petersilie	7.50
5. für Sellerie	7.50	6. für Lauch	7.50
7. für Knoblauch	8.50	8. für Zwiebeln	8.50
9. für Mören	8.50	10. für Kürbisse	8.50
11. für Kürbisse	8.50	12. für Kürbisse	8.50

**Nährmittelverteilung.**  
 Die Reichshauptstadt hat für die Verteilung von Nahrungsmitteln folgende Bestimmungen getroffen:

**Nährmittelverteilung.**  
 Die Reichshauptstadt hat für die Verteilung von Nahrungsmitteln folgende Bestimmungen getroffen:

**Nährmittelverteilung.**  
 Die Reichshauptstadt hat für die Verteilung von Nahrungsmitteln folgende Bestimmungen getroffen:

**Nährmittelverteilung.**  
 Die Reichshauptstadt hat für die Verteilung von Nahrungsmitteln folgende Bestimmungen getroffen:

**Nährmittelverteilung.**  
 Die Reichshauptstadt hat für die Verteilung von Nahrungsmitteln folgende Bestimmungen getroffen:

**Nährmittelverteilung.**  
 Die Reichshauptstadt hat für die Verteilung von Nahrungsmitteln folgende Bestimmungen getroffen:

**Nährmittelverteilung.**  
 Die Reichshauptstadt hat für die Verteilung von Nahrungsmitteln folgende Bestimmungen getroffen:

**Bekanntmachung.**  
**Schlachtungen und Fleischversorgung.**  
 Die Reichshauptstadt hat für die Schlachtungen und Fleischversorgung folgende Bestimmungen getroffen:

**Ausgabe der städtischen Kohlenbezugscheine für die Monate Januar bis mit April 1920.**  
 Die Reichshauptstadt hat für die Ausgabe der städtischen Kohlenbezugscheine folgende Bestimmungen getroffen:

**Ausgabe durch die Wehrpolizei-Inspektionen.**  
 Die Reichshauptstadt hat für die Ausgabe durch die Wehrpolizei-Inspektionen folgende Bestimmungen getroffen:

**Weiße A- und grüne B-Bezugscheine.**  
 Die Reichshauptstadt hat für die Ausgabe von Weißen A- und Grünen B-Bezugscheinen folgende Bestimmungen getroffen:

**Unterlagen für das Ausschreiben der Scheine.**  
 Die Reichshauptstadt hat für die Ausgabe von Scheinen folgende Bestimmungen getroffen:

**Ausweis des Empfangsberechtigten.**  
 Die Reichshauptstadt hat für die Ausgabe von Scheinen folgende Bestimmungen getroffen:

**Sparkasse Klostische.**  
 Die Reichshauptstadt hat für die Ausgabe von Scheinen folgende Bestimmungen getroffen:

**Dank.**  
 Die Reichshauptstadt hat für die Ausgabe von Scheinen folgende Bestimmungen getroffen:

**Strohutnäherinnen.**  
 V. Kronheim, Seidnitzer Str. 9.

**Knaben und Mädchen.**  
 Kostenlos eine Lehrstelle.

**Zentral-Arbeitsnachweises.**  
 Maxienstraße 17 - Telefon: 25881.

**200 Mark.**  
 Straßenhändler.

**Erfindungen.**  
 Radebeul.

**Teilzahlung.**  
 und gegen bar.

**Kolamil.**  
 Horn.

**Warme.**  
 trockene.

**Dr. Willy Loebell.**  
 Pelzwaren.

**Einkauf.**  
 von Lämmer, Schaf, Ziegen, etc.

**Fellgänse.**  
 A. Carl, Vupphat.

**Bettwäsche.**  
 Bettwäsche, etc.

**Aktenische.**  
 Aktenische, etc.

**Donath.**  
 Donath, etc.

**Sarbid.**  
 Sarbid, etc.

**Otto Gräben.**  
 Otto Gräben, etc.

**Schneiderei.**  
 Schneiderei, etc.

**Linifabac.**  
 Linifabac, etc.

**Winnachtsangebot.**  
 Winnachtsangebot, etc.



